

## **Beschluss des Landrats vom 08.02.2024**

Nr. 421

### **10. Standortveröffentlichung von stationären und semistationären Radaranlagen im Kanton Baselland**

2023/582; Protokoll: ps, pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass der Regierungsrat den Vorstoss als Postulat entgegennehme und dessen Abschreibung beantrage. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

**Nicole Roth** (SVP) dankt dem Regierungsrat für die schnelle Beantwortung. Die SVP-Fraktion halte an der Motion fest. Es wird zu wenig auf die Forderung eingegangen, dass alle Standorte von Radaranlagen veröffentlicht werden sollen. Die Begründung, weshalb auf die Veröffentlichung der stationären Anlagen verzichtet wird, ist nicht schlüssig.

Die Rednerin hat sich im Detail mit der Sache auseinandergesetzt. So einfach, wie vom Regierungsrat dargelegt, ist es nicht. Die Webseite mit den Anlagen ist nicht so einfach zu finden. Auch die Journalisten, die infolge des Vorstosses nachgefragt haben, wurden nicht auf eine solche Seite hingewiesen. Im direkten Gespräch mit Polizisten stellte sich heraus, dass die überwiegende Mehrheit nichts davon wusste. Der Regierungsrat kann nicht ernsthaft eine Internetseite, die es nicht wirklich gibt und den meisten Verantwortlichen nicht bekannt ist und wo nur ein Teil der Anlagen zeitlich verzögert oder zu spät aufgeschaltet wird, als Argument nehmen, um den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln und abschreiben zu lassen.

Es geht nicht um den Schutz von Rasern. Meistens kommt es zu kleinen Übertretungen. Die SVP-Fraktion sieht in der Veröffentlichung der Radaranlagen keinen Nachteil. Ausser, dass die Staatskasse nicht mehr so voll sein wird. Es geht um die Verkehrssicherheit und die Blitzer sollen dort platziert werden, wo es dieser dient – und sie sollen nicht Schikane oder Geldeintreiber sein.

**Simone Abt** (SP) sagt, ein Teil der SP-Fraktion sei erstaunt gewesen, dass es überhaupt notwendig sei, die Standorte solcher Kontrollanlagen zu publizieren. Die Kontrollen sollen der Verkehrssicherheit dienen. Will man veranlassen, dass die Leute kurzfristig langsamer fahren, weil eine Anlage steht? Es herrschte Verwirrung in der Fraktion und Erstaunen darüber, dass schon so viele Anlagen publiziert sind – es kann eine Liste heruntergeladen werden. Die Idee einer Kontrolle ist, dass sie unvorbereitet kommt. Autofahrende sollen sich der Geschwindigkeitsbegrenzung bewusst sein und sich daran halten. Gesetze sollen grundsätzlich eingehalten und nicht nur bei Vorwarnung kurzfristig ein rechtskonformes Verhalten an den Tag gelegt werden. Ein Teil der Fraktion wird dem Regierungsrat folgen und der Rest ist gegen die Überweisung. Für eine Motion fand sich keine Stimme. Der Fraktion entzieht sich das Verständnis, weshalb die Publikation so wichtig wäre.

**Christine Frey** (FDP) hat das Thema bereits in einem anderen Vorstoss aufgenommen. Grundsätzlich unterstütze die FDP-Fraktion das Festhalten an der Motion. In ihrer damaligen Antwort auf die Interpellation der Rednerin hiess es: «*Die Polizei Basel-Landschaft hat die Absicht, die Standorte der fixen und der semi-stationären Geschwindigkeitsmessanlagen regelmässig zu publizieren.*» Publiziert sind jedoch nur die semi-stationären Anlagen.

Es gibt Kantone, die ihre Standorte veröffentlichen: Solothurn, Luzern und St. Gallen. In St. Gallen wird gesagt, die Veröffentlichung sei sehr erfolgreich und es gebe 15 % weniger Unfälle. Andere Kantone haben ebenfalls positive Erfahrungen gemacht. An die Kritiker: Nirgendwo wurden negative Folgen der Veröffentlichung festgestellt. Die Verkehrsteilnehmenden müssen ohnehin überall

und jederzeit mit mobilen Kontrollen rechnen. Im Sinne der Transparenz fordert die Rednerin die Veröffentlichung auch der stationären Anlagen.

**Tobias Beck** (EVP) äussert, semi-stationäre Anlagen würden auf der Webseite in einem PDF-Dokument veröffentlicht. Die Grüne/EVP-Fraktion folgt dem Vorschlag des Regierungsrats.

**Hannes Hänggi** (Die Mitte) hält fest, die Blitzkästen zu erkennen sei etwas vom Ersten gewesen, das er von seinem Fahrlehrer gelernt habe. Der Redner schlich übervorsichtig am Blitzkasten vorbei. Die Geschwindigkeit sollte immer angepasst sein, denn mobile Kontrollen kann es jederzeit und überall geben. Die Verkehrssicherheit steht im Vordergrund. Dass der Kanton die Standorte der semi-stationären Anlagen veröffentlicht, hat der Redner nicht gewusst. Vielleicht könnten Änderungen der Standorte etwas prominenter publiziert werden: auf der Webseite oder über Social Media. Eine Mehrheit der Mitte-Fraktion wünscht sich, dass die Motion vollständig erfüllt wird und auch die Standorte der stationären Anlagen publiziert werden, und unterstützt deshalb die Motion.

**Marco Agostini** (Grüne) sagt, man müsse vielleicht noch transparenter werden und auch jede andere Polizeikontrolle veröffentlichen. Es gibt Gesetze, und hält man sich nicht daran, muss man bezahlen. Er hat auch schon ein paarmal bezahlt. Es geht nicht an, die Polizei zu schwächen. Muss man den Leuten entgegenkommen, die sich nicht ans Gesetz halten, und soll denjenigen geholfen werden, die sich nicht an die Höchstgeschwindigkeit halten? Es ist transparent – es steht 50 km/h und nicht 60 oder 70 km/h, damit jemand absichtlich getäuscht wird. Hält man sich daran, geschieht nichts. Die geforderte Transparenz geht zu weit, denn es ist Aufgabe des Staates, dies zu überprüfen. Sagt die Polizei, wo sie überall kontrolliert – eine Streife da, eine Restaurantkontrolle dort – geht das nicht. Gewisse Kontrollen müssen unangemeldet erfolgen. Die Motion ist abzulehnen. Der Redner versteht nicht, weshalb man dies will. Heisst dies, es darf zu schnell gefahren werden, aber man soll vorher zuerst nachschauen, wo ein Radar steht? Nachschauen werden genau diejenigen, die zu schnell fahren. Soll auch noch eine Anlage in jedem Auto platziert werden, die jede Radaranlage meldet oder soll es sogar eine App geben, die vor Anlagen warnt?

**Margareta Bringold** (GLP) bemerkt, die GLP-Fraktion sei gespalten, Ein Teil unterstützt die Motion, und ein anderer Teil wird dem Regierungsrat folgen. Die Argumente wurden bereits genannt.

**Jan Kirchmayr** (SP) stört sich am Argument, dass die Liste auf der Webseite nicht gut ersichtlich sei. Auf der Startseite der Kantonspolizei kommt zuerst: «Werde Polizist/Polizistin». Das ist aber auch etwas wichtiger als die Standorte der semi-stationären Radaranlagen. Scrollt man nach unten, kommen rechts – neben Karriere und Polizeimeldungen, Cyberkriminalität und Bussen – die Standorte der Radaranlagen. Dies erscheint genügend ersichtlich. Sollen wirklich Streifenpolizistinnen und -polizisten dazu verknurrt werden, aktiver für Radaranlagen Werbung zu machen anstatt draussen auf der Strasse zu sein und für Sicherheit im Baselbiet zu sorgen? Auch wenn Jan Kirchmayr selber nicht oft Auto fährt, schaut er sich die Standorte der semi-stationären Radaranlagen an– und geblitzt wurde er auch schon. Aber daran ist er selber schuld: Man hat sich an die Geschwindigkeitsbegrenzungen zu halten, ob nun bekannt ist, wo die Radaranlagen sind, oder nicht. Das Thema wird aufgebauscht. Das Postulat soll überwiesen und abgeschrieben werden.

**Marc Schinzel** (FDP) scheint es ein Missverständnis, denn von linksgrüner Seite werde so getan, als ob es um die Bussen gehe. Das ist nicht der Punkt. Die Radaranlagen befinden sich an gefährlichen Orten. Es ist absolut richtig, den Leuten zu sagen, wo sich die gefährlichen Orte befinden. Wenn mehr Leute wissen, dass sich dort Radaranlagen befinden, dann werden sie besonders vorsichtig fahren. Dies ist das Ziel. Die Gesetze müssen alle einhalten. Aber: Zuhause bringt man auch ein Schild an «Warnung vor dem Hund». Dies erfolgt ebenfalls präventiv und dient der Ab-

schreckung. Es ist nicht erlaubt, einzubrechen. Listet man die Radaranlagen auf, sehen die Leute im besten Fall, wo sich gefährliche Stellen befinden und merken sich diese. Eine Busse zu kassieren ist das eine. Zu schnell zu fahren und dadurch einen Unfall zu verursachen, ist das andere. Es geht um Unfallprävention, um Sicherheit – und nicht um den Schutz irgendwelcher Leute vor Bussen. Es ist absolut richtig, die Radaranlagen publik zu machen, weshalb der Vorstoss als Motion überwiesen werden soll. Zur Aussage des Regierungsrats, dass die stationären nicht veröffentlicht werden müssen, da sie bekannt seien: Bei den Fahrschülern ist dies vielleicht noch nicht der Fall. Es geht auch dort um die Sicherheit. Gibt es ohnehin schon eine Liste, können dort auch die stationären Radaranlagen aufgenommen werden.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) merkt an, auf der Rednerliste blitze es ebenfalls ständig. *[Heiterkeit]*

**Stephan Ackermann** (Grüne) findet, es sei ein «glatter» Tag und versteht die Welt nicht mehr. Die FDP-Fraktion will unter Traktandum 13 neue Steuern einführen – erstaunlich – und die SVP-Fraktion will mit dem vorliegenden Vorstoss die Polizeiarbeit erschweren – dies kann so ausgelegt werden. Der Redner nimmt diese überraschenden Ziele zur Kenntnis. Es wird publiziert, wie schnell man fahren darf – wofür braucht es Angaben, wo kontrolliert wird? Sagt Marc Schinzel, es gehe um die Sicherheit, dann ist wohl diejenige des Portemonnaies gemeint. Die Sicherheit ist an den entsprechenden Stellen durch die vorgeschriebene Geschwindigkeit gewährleistet. Eine Frage an die Juristen: Was wäre, wenn sich jemand nicht an die Geschwindigkeit hält und von einem nicht publizierten Blitzer geblitzt wird? Kann dies dann eingeklagt werden? Es gibt Strassenschilder, und hält sich jemand nicht ans Gesetz, ist es in Ordnung, wenn man zur Rechenschaft gezogen wird. Es sollte weder im Strassenverkehr noch andernorts Ausnahmen geben. Alle Einwohnerinnen und Einwohner sollen sich ans Gesetz halten. Es braucht keine Publikationen der Standorte von Blitzkästen.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) staunt über die Diskussion. Sie hatte erwartet, dass der Landrat froh darüber sei, dass die semi-stationären Radaranlagen kommuniziert und die Liste meist innerhalb eines Werktags angepasst werde. Die meisten Forderungen der Motion werden übererfüllt. Die stationären Anlagen fehlen zwar heute noch, werden in Zukunft aber auch aufgenommen. Die Praxis wird angepasst. So braucht es keine Motion. Eine Gesetzesänderung ist ebenfalls nicht erforderlich. Die Motion fordert, dass die Liste innerhalb einer Woche angepasst wird, und meist wird dafür nur ein Werktag benötigt. Damit kann das Thema allenfalls abgeschlossen werden.

**Andrea Heger** (EVP) hält es für unnötig, die Radaranlagen zu publizieren. Das Gesetz gelte. Sollen die Anlagen eine präventive Wirkung haben – wie dies bei gewissen Autobahnabschnitten der Fall ist – werden sie im Voraus angekündigt. Müssten alle Standorte veröffentlicht sein, hätte dies eine schlechte erzieherische Wirkung. So würde das Signal gesendet: Wo Radaranlagen stehen, muss man vorsichtig sein, an anderen Orten nicht so. Es stört die Rednerin auch, dass dadurch Bürokratie ausgelöst wird und sich die von Stephan Ackermann erwähnten gesetzlichen Probleme ergeben. Es ist unhaltbar, die Motion so zu überweisen. Es ist auch nicht in Ordnung, dass immer wieder behauptet wird, man wolle nur Geld einnehmen. Vor einigen Jahren gab es bereits einen ähnlichen Vorstoss der SVP, in dessen Rahmenklar belegt werden konnte, dass das Ganze keine Geldmaschine ist. Dies wird hier auch erwähnt, Marc Schinzel.

**Florian Spiegel** (SVP) hält fest, jeder habe in seinen Voten hellere oder dunklere Momente, aber im Moment herrsche Sonnenfinsternis. Man hat das Gefühl, dass die Votanten nicht gelesen haben, was in der Motion steht. Es geht nicht darum, zu ermöglichen, Gesetze zu umgehen. Es geht

um die Frage, ob die Staatseinnahmen oder die Prävention und Sicherheit an erster Stelle stehen. Die Kantonspolizei St. Gallen schreibt zur Veröffentlichung der Standorte wörtlich, sie «stellt eine präventive Wirkung fest.» Es kommt zu weniger Unfällen. Die SVP-Fraktion will Druck aufsetzen, damit die Radaranlagen dort stehen, wo sie hingehören. Ein Beispiel ist die Senke auf der Strecke Allschwil-Oberwil, die kein neuralgischer Punkt ist. Der Redner fährt seit 20 Jahren viermal am Tag dort durch. Weshalb soll man in einer Senke bei Tempo 60 km/h mehrmals im Jahr wiederholt ein Blitzkasten hingestellt wird? Dies trägt überhaupt nichts zur Prävention bei. Es ist völlig unsinnig, dass der Kasten dort steht. An anderen Punkten, wo einer stehen müsste, steht fast nie einer. Der Radar wird dort hingestellt, wo er Bussengelder generiert. Das ist falsch. Er muss dorthin, wo es der Verkehrssicherheit dient. Darum geht es im Vorstoss.

Was muss man sofort kommunizieren? Im Vorstoss steht, «*die Gesetzgebung sei so anzupassen, dass die Kantonspolizei Basellandschaft einmal pro Woche die Standorte der stationären und semi-stationären Radaranlagen veröffentlicht.*» Werden die Standorte jeweils am Mittwoch veröffentlicht, ist es ohne Probleme möglich, am Donnerstag eine Radaranlage aufzustellen, die erst am darauffolgenden Mittwoch veröffentlicht wird. Das sind mindestens sechs Tage, ohne dass eine Publikation erfolgen muss. Nochmals: Es geht darum, dass die Polizei aufhört, dort Radaranlagen hinzustellen, wo sie nichts bringen, sondern dort, wo es der Verkehrssicherheit dient.

Punkt 1: Unangemeldete Kontrollen von bis zu sechs Tagen sind immer noch möglich. Punkt 2: Die Verkehrssicherheit erhöht sich, was diejenigen Kantone belegen, welche die Standorte veröffentlichen. Diese Argumente müssten zählen. Es geht nicht darum, den Rasern zu erlauben, durch den Kanton zu rasen, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden. Eine Frage an Regierungsrätin Kathrin Schweizer: Seit wann befindet sich der Button auf der Webseite der Kantonspolizei rechts unten? Dieser war vorher nicht so prominent aufgeschaltet.

**Ronja Jansen** (SP) ist perplex und weiss nicht, ob sie heulen oder lachen soll. Es ist absurd, dass in diesem Kanton irgendwelche Radarstandorte veröffentlicht werden. Das Ziel sollte doch nicht sein, dass Menschen sich bei den Radarstandorten an die Geschwindigkeitsbegrenzungen halten, sondern überall. Es gibt nicht nur zehn Orte im Kanton, die gefährlich sind und wo es zu Unfällen kommen kann. Wissen die Leute, dass sie ungestört rasen können, werden sie dies unter Umständen tun. Somit nimmt die Verkehrsunsicherheit überall zu. Ist Florian Spiegel nicht einverstanden mit gewissen Geschwindigkeitsbegrenzungen an gewissen Standorten, soll er sich gegen diese wehren und nicht dagegen, dass die Einhaltung des Gesetzes kontrolliert wird. Man stelle sich vor, es würde in anderen Gesellschaftsbereichen so gehandhabt: Würden mehr Leute ein SBB-Ticket kaufen, wenn angeschrieben wäre, dass heute kontrolliert wird, morgen aber nicht? Es gäbe sicher nicht weniger Schwarzfahrende. Würden weniger Leute in der Migros klauen, wenn angeschrieben wäre, wann kontrolliert wird? Würden die Leute ihre Steuern gewissenhafter zahlen, wenn sie darüber informiert wären, ob die Angaben kontrolliert werden? Stellt man sich auch nur einige wenige Alternativszenarien vor, kommt man zum Schluss, dass die Veröffentlichung der Radarstandorte nicht zu einer verbesserten Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzungen führt und nur ein Mittel ist, um diejenigen zu entlasten, die keine Lust haben, sich an diese zu halten. Die Rednerin wundert sich sehr über das Politikverständnis gewisser Leute.

**Simone Abt** (SP) meint, es gehe bei der Verkehrssicherheit nicht darum, dass die Polizei nicht am falschen Ort kontrollieren, sondern dass nicht schneller gefahren werden soll als erlaubt. Besteht ein Rechtsanspruch der Bevölkerung darauf, zu wissen, wo die Radaranlagen stehen? Das ist doch reiner Goodwill, dass die Standorte publiziert werden oder der Glaube, dass man bei Warnung erhöhte Vorsicht walten lässt. Besonders schrecklich fand die Rednerin die Aussage von Marc Schinzel zum Thema Jungfahrer mit Lernfahrausweis. Diese dürfen nicht übertreten, und auch nach der Prüfung sollten sie dies während drei Jahren nicht tun, wenn sie nicht gravierende Folgen gewärtigen wollen. Soll dies so sein, tut man nicht gut daran, die Standorte der Radare zu

publizieren. Somit würden die Jungfahrer lernen, dass sie bei Warnung auf die Bremse stehen und ansonsten fahren können, wie sie wollen. Die Rednerin sagt nicht, dass sie nicht auch schon gebüsst wurde. Aber wenigstens hat sie gute Miene zum bösen Spiel gemacht. Dies sollten andere auch tun. Man soll die Finger von diesem Unsinn lassen.

**Irene Wolf-Gasser** (EVP) findet es löblich, dass viele ihr Votum vorbereitet haben – und dieses noch äussern müssen. Vor gefühlt 20 Minuten hat Regierungsrätin Kathrin Schweizer gesagt, auch die stationären Radaranlagen kämen auf die Liste. Wo ist das Problem? Die Motionärin hätte sagen können, danke, in dem Fall sei das Ganze erledigt und sie ziehe die Motion zurück. Die Diskussion wäre somit vorbei gewesen. Eine Anmerkung zum Votum von Florian Spiegel: Die Radare findet die Rednerin auch nicht toll. Aber sie hat festgestellt, dass sie dort stehen, wo es gefährlich sein könnte – bei Schulen, Zebrastreifen und Kreuzungen – und nicht einfach irgendwo. Die meisten haben ihrer Ansicht nach eine Berechtigung. Die Diskussion ist aus ihrer Sicht beendet.

**Marco Agostini** (Grüne) begrüsst, dass für mehr Sicherheit auf den Strassen gesorgt werde. Er ist aber nicht sicher, ob dies durch die Kommunikation der Standorte von drei oder vier Radaranlagen erreicht wird. Vielleicht sollte auf der Webseite vielmehr stehen: Jederzeit und überall können Radaranlagen stehen. Dann würden sich die Leute überall an die Geschwindigkeitsvorgaben halten. Eine weitere Erkenntnis: Marc Schinzel hatte einen Vergleich zwischen einer Radaranlage und einem Hund gezogen. Das heisst, die Leute sollen vor bissigen Hunden und somit vor bösen Radaranlagen oder gar Polizisten gewarnt werden. Dieser Vergleich mutet sehr komisch ein. Florian Spiegel hatte zudem gesagt, es gehe beim Vorstoss ausschliesslich um die Sicherheit. Marco Agostini nimmt dies zur Kenntnis und wird Florian Spiegel bei der nächsten Diskussion daran erinnern, wenn es etwa um eine Temporeduktion zugunsten der Sicherheit geht.

**Manuel Ballmer** (GLP) kann die Frage von Florian Spiegel beantworten: Die Liste war zumindest im Sommer 2023 auf der Homepage und somit schon vor der Einreichung des Vorstosses. Er bedankt sich bei Regierungsrätin Kathrin Schweizer. Mit dem Hinweis, dass nun auch noch die stationären Radaranlagen aufgeführt werden, kann er den Vorstoss gut ablehnen. Zuletzt an alle, die es nicht verstehen möchten oder die wissenschaftliche Evidenz ignorieren: Es gibt auch psychologische Effekte und es ist anscheinend so, dass durch die Bekanntgabe eines Radarstandorts gesamtheitlich weniger schnell gefahren wird.

://: Mit 39:37 Stimmen wird die Motion abgelehnt.

---